

## RESOLUTION

**des Kreis- und Umweltausschusses des Landkreises Ahrweiler  
gegen die Schließung der Katasterämter Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig**

**Der Kreis- und Umweltausschuss des Landkreises Ahrweiler wendet sich gegen die geplante Schließung der Katasterämter Bad Neuenahr-Ahrweiler und Sinzig. Diese Schließung von gleich beiden Katasterämtern im Kreis Ahrweiler ist absolut inakzeptabel.**

Der Kreis Ahrweiler war in der Vergangenheit von einem massiven Abzug von Bundeseinrichtungen und damit verbunden einem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen betroffen. Im Einzelnen sind dies:

- Schließung des Regierungsbunkers Marienthal,
- Schließung der Standortverwaltung Bad Neuenahr-Ahrweiler,
- Auflösung des Druckereizuges Adenau,
- Umzug des Instituts für Wehrmedizinostatistik und Berichtswesen nach Andernach sowie
- die mehrfache Umgliederung des ehemaligen Materialamtes des Heeres zunächst zum Logistikzentrum der Bundeswehr bis hin zur jetzigen Abteilung V des Heeresamtes Köln mit der Verlagerung wichtiger Abteilungen nach Wilhelmshaven.
- Darüber hinaus droht durch die anstehende Bundeswehrreform ein weiterer Abbau von Bundeswehrstandorten auch im Kreis Ahrweiler.

Zu dieser Thematik hat der Kreis- und Umweltausschuss bereits in seiner letzten Sitzung eingehend Stellung genommen und eine Resolution verabschiedet.

Darüber hinaus werden mit den beiden Vermessungs- und Katasterämtern nun auch weitere Landesbehörden ohne entsprechende Kompensation aus dem Kreis Ahrweiler abgezogen. Dies reiht sich ein in eine lange Liste des kontinuierlichen Abbaus von Landesbehörden im Kreis Ahrweiler. Hier sind zu nennen:

- der Abzug der Leitungsebene der Polizei aus der Kreisverwaltung und deren Ansiedlung in Mayen,

- die Schließung des Amtsgerichts in Adenau,
- die Schließung der Straßenmeisterei Altenahr,
- die Auflösung des Kulturamtes Adenau zugunsten des Standortes **Mayen**,
- die Auflösung der ehemaligen Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt Ahrweiler zugunsten des Dienstleistungszentrums Ländlicher Raum mit den Standorten Montabaur, **Mayen** und Bernkastel-Kues.

Ein weiterer Verlust ist nun die angekündigte Schließung von gleich beiden Katasterämtern im Kreisgebiet, wobei die Aufgaben der Katasterverwaltung dann ebenfalls von **Mayen** aus wahrgenommen werden sollen.

### **Dies ist nicht akzeptabel.**

Die Struktur des Kreises würde weiter geschwächt und der Bürgerservice abgebaut. Bei der neuen Struktur der Vermessungs- und Katasterverwaltung bleibt die Bürgernähe für unseren Landkreis auf der Strecke. Bei den von den Vermessungs- und Katasterämtern vorgehaltenen Grundstücksdaten und den zu erbringenden Leistungen handelt es sich anders als bei sonstigen staatlichen Behörden nicht um spezifische Belange für nur Wenige, sondern es handelt sich um „Grunddaten und Grundleistungen für Jedermann“. Insofern müssen diese Daten und Leistungen für alle Bürger im Kreis auch mit zumutbarem Aufwand zugänglich sein. Auch wenn durch die fortschreitende Automatisierung des Katasterwesens viele Wege zur Verwaltung entbehrlich geworden sind, werden die Katasterämter nach wie vor tagtäglich von vielen Bürgerinnen und Bürgern aufgesucht. Dies belegen auch die bei der Verwaltung geführten Statistiken. Ein Online-Formular kann eben nicht in allen Fällen eine persönliche Beratung ersetzen, sodass ein Aufsuchen der Verwaltung auch in Zukunft erforderlich sein wird. Der Standort Mayen ist aber für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Ahrweiler nur mit großem zeitlichem und finanziellem Aufwand und mit ÖPNV in zumutbarer Zeit überhaupt nicht erreichbar. Außerdem befürchten wir bei einer Verlagerung der Gutachterausschüsse nach Mayen den Verlust der erforderlichen Marktnähe und damit der hohen Qualität der Gutachten für Grundstücks- und Gebäudewerte.

**Der Kreis- und Umweltausschuss appelliert daher an die Landesregierung, sich dem Argument nach mehr Bürgernähe nicht zu verschließen und zumindest einen Standort im Kreis Ahrweiler zu erhalten.**

Wir bitten die Landesregierung sich zudem mit alternativen Vorschlägen konstruktiv auseinanderzusetzen und bei ihren Planungen zu berücksichtigen.

Dies gilt insbesondere auch für die vom Landkreistag Rheinland-Pfalz vorgeschlagene Integration der Katasterämter in die Kreisverwaltung. Damit könnte zugleich eine Stärkung der kommunalen Ebene erreicht werden.

Der Kreis- und Umweltausschuss verschließt sich nicht der Notwendigkeit von Einsparungen. Er regt daher an, dass die Landesregierung auch das Zusammenführen von Grundbuchamt und Katasteramt näher prüft. Hiermit könnten Doppelstrukturen abgebaut, Einsparungen erzielt und gleichzeitig auch weite Wege vermieden werden.

Die Vertreter der im Kreistag vertretenen Fraktionen bieten Ihre konstruktive Unterstützung bei der Erarbeitung einer Lösung an, die den Interessen der Bürgerinnen und Bürgern unseres Landkreises entspricht.

**Eine Strukturreform jedoch, bei denen die Bürgernähe in unserem Kreis auf der Strecke bleibt, wird genauso einmütig abgelehnt.**

Die Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Ahrweiler werden gebeten, sich beim bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren im Sinne dieser Resolution einzusetzen.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, den 26. September 2011